



Gesetzentwurf zur Beamtenbesoldung liegt dem Landtag vor

Abschlagszahlungen ab Oktober

DGB fordert weiterhin Übertragung des Tarifergebnisses

Der Ministerrat hat am Dienstag im Zusammenhang mit dem Gesetzentwurf zur Erhöhung der Besoldung für die Beamtinnen und Beamten beschlossen, ab Oktober (rückwirkend ab 1.7.2007) Abschläge auf die Erhöhung zu zahlen.

Das ist aber auch schon die einzig halbwegs positive Nachricht.

Wie bereits im Beteiligungsgespräch am 29.06. im Finanzministerium werden wir auch gegenüber den Landtagsabgeordneten in einem offenen Brief unsere Forderungen deutlich machen und das parlamentarische Verfahren mit Aktionen begleiten.

Es ist nicht einzusehen, dass wir in Rheinland-Pfalz von den gesamten Entwicklungen in den anderen Bundesländern abgekoppelt und mit einem Almosen abgespeist werden sollen.

Unsere Forderung steht:

Einmalzahlungen für 2007

900 Euro für den einfachen und mittleren Dienst,
600 Euro für den gehobenen Dienst,
450 Euro für den höheren Dienst und

ab 1.1.2008 eine lineare Erhöhung von 2,9 %

Dies entspricht im Volumen dem Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst.

Wir haben von Anfang an die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten gefordert und werden dies auch weiterhin tun.

Wer qualitativ hochwertige Leistungen von seinen Beschäftigten verlangt, muss sie auch entsprechend bezahlen. Nach etlichen Nullrunden und Kürzungen bei Weihnachts- und Urlaubsgeld muss jetzt mehr rumkommen als 0,5 % für die Meisten (und das auch noch brutto).

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften – Der richtige Platz auch für Beamtinnen und Beamte

Jetzt mitmachen – du hast mehr verdient!